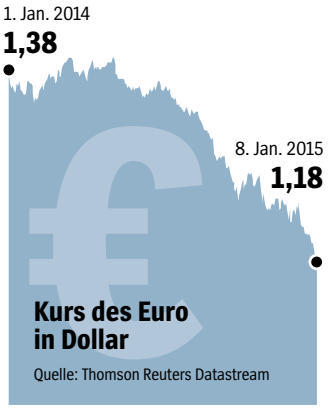
Euro

„Kein Grund zum Jubeln“

Clemens Fuest, 46, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, über den Wertverlust des Euro

SPIEGEL: Herr Fuest, der Euro ist gegenüber dem Dollar so schwach wie seit 2006 nicht mehr. Wie weit wird der Kurs noch fallen?
Fuest: Vieles spricht dafür, dass es weiter runtergeht. Man muss sich eher wundern, dass der Euro nicht schon früher und stärker gefallen ist.
SPIEGEL: Warum? Weil EZB-Chef Mario Draghi mit seiner Politik des billigen Geldes auf eine Abwertung hinarbeitet?
Fuest: Nein. Zwar will die EZB offenbar einen schwächeren Euro, um Exporte billiger zu machen, Einfuhren zu verteuern und Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Aber die Abwertung des Euro ist nicht in erster Linie ein Erfolg Draghis.
SPIEGEL: Sondern?
Fuest: Die Euroschwäche ist eher eine Dollarstärke: In Amerika dürfte sich die Wirtschaft in Richtung Vollauslastung entwickeln; Beschäftigung, Inflation, Zinsen steigen. In der Eurozone stagniert die Wirtschaft.
SPIEGEL: Hilft denn die Abwertung? Es profitieren doch vor allem Exportnationen wie Deutschland, deren Wirtschaft ohnehin gut läuft.
Fuest: Die Abwertung kommt schon auch den Krisenländern zugute. Aber die Effekte werden überschätzt, ein Grund zum Jubeln ist die Euroschwäche nicht.
SPIEGEL: Manch ein Ökonom spricht schon von einem Währungskrieg, weil auch andere Notenbanken versuchen, die Wechselkurse zu drücken.



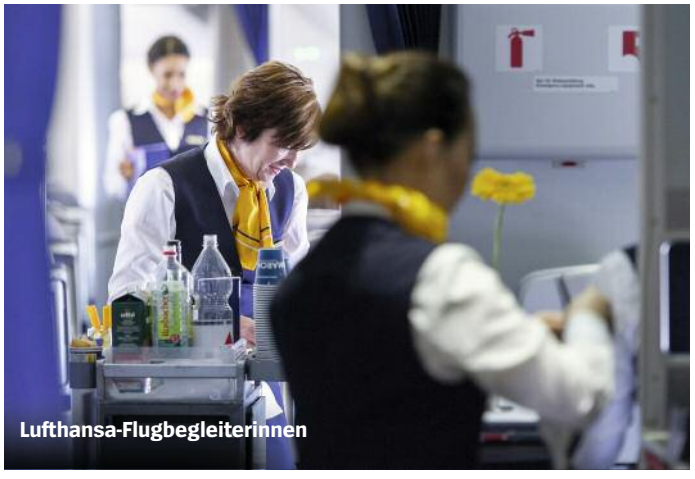
Fuest: Ich würde es eher als Scharmützel bezeichnen. Aber Draghi weiß auch, dass er es nicht übertreiben darf. Wenn der US-Aufschwung ins Stocken geraten sollte, werden die Amerikaner eine weitere Dollaraufwertung auf Dauer nicht hinnehmen.
SPIEGEL: Spielt die EZB mit dem Feuer, wenn sie den Euro weiter drückt und die Abwertung außer Kontrolle gerät?
Fuest: Solange der niedrige Ölpreis die Eurozone entlastet und Inflation und Zinsen hier niedrig bleiben, ist die Abwertung kein Problem. Aber wenn sich die Griechenland-Krise ausweitet und die Investoren das Vertrauen in die Eurozone wieder verlieren, dann könnte es schnell gefährlich werden. mhs

---

Lufthansa

Kabinen-Crews fordern Billigtickets

Nach den Piloten wehren sich bei der Lufthansa nun auch die Kabinenmitarbeiter gegen den Abbau lieb gewonnener Privilegien. Anders als bei den Flugzeugführern geht es diesmal allerdings nicht um Einschnitte bei der Frührente, sondern um die Verteuerung von Mitarbeiterflügen. Die günstigen Trips, auf Wunsch sogar mit Ehe- oder Lebenspartner, gelten seit Jahren als willkommene Annehmlichkeit für die schlechter bezahlten Flugbegleiter und kosten nur zehn Prozent des Preises in der höchsten Buchungsklasse. Viele von ihnen nutzten die stark rabattierten Stand-by-Tickets bislang sogar, um vom Wohn- zum Einsatzort anzureisen. Doch das wird schwieriger. Noch vor einigen Jahren schlug beispielsweise ein New-York-Ausflug in der Businessclass gerade mal mit rund 200 Euro zu Buche. Heute wird auf Langstrecken schon in der Economy oft das Doppelte oder Dreifache fällig, unter anderem wegen des schwachen Euro und stark gestiegener Gebühren. Die Flugbegleitergewerkschaft UFO will das Thema nun in die aktuellen Tarifgespräche mit der Geschäftsleitung einbeziehen und für ihre Mitglieder feste Platzkontingente zu deutlich verringerten Preisen aushandeln. Außerdem sollen die Bordbediensteten eine ansehnliche Gehaltserhöhung bekommen. Ihre Gewerkschaft UFO fordert acht Prozent für die kommenden zwei Jahre. did



Lufthansa-Flugbegleiterinnen

FOTOS: JENS SCHLÜTER / DDP IMAGES (U.); WERNER SCHÜRING / IMAGETRUST (O.)

WestLB

Aufsichtsrat prüft dubiose Deals

Die nordrhein-westfälische Regierung lässt knapp drei Jahre nach Zerschlagung der WestLB untersuchen, ob das landeseigene Institut in milliardenschwere dubiose Aktiengeschäfte verwickelt war. Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) hat den Aufsichtsratschef der WestLB-Nachfolgegesellschaft Portigon „um schnelle Sachverhaltsaufklärung gebeten“. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage der FDP im Landtag hervor. Anlass sind sogenannte Cum-Ex-Geschäfte, welche die in Abwicklung befindliche Landesbank im Jahr 2007 getätigt haben soll. Damals hatte die WestLB kurz vor dem Dividendenstichtag 14 Prozent aller Aktien von DaimlerChrysler erworben und sie wenige Tage später wieder verkauft – womöglich auch mit dem Ziel einer rechtlich umstrittenen Steuererstattung. Das vermuten zumindest Insider. Wegen ähnlicher Geschäfte verfolgen die Finanzbehörden in mehreren Bundesländern Hunderte Investoren. Die komplexen Modelle führten dazu, dass dieselbe Steuer an zwei angeblich Berechtigte erstattet wurde, sie galten lange Jahre als legal, neuerdings ermitteln jedoch Staatsanwälte. Bei der WestLB, so geht aus der Antwort auf die FDP-Anfrage hervor, wurden die Hintergründe des Daimler-Deals bis heute nicht geklärt. Sollte sich der Verdacht bewahrheiten, dass das Geschäft illegal war, müsste die WestLB und damit das Land als Eigentümer dem Bund womöglich mehrere Millionen Euro an unrechtmäßig erstatteten Steuern zurückzahlen. gt, mhs